

DIE LINKE.

Ortsverband Wermelskirchen

Cannabis endlich frei geben

Bis zu vier Millionen Menschen in Deutschland konsumieren regelmäßig Cannabis. Jede dritte Person hat Konsumerfahrung mit Cannabis. Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Droge.

Cannabis gehört zu Deutschland

Vergleiche mit anderen Ländern zeigen, dass kein Zusammenhang zwischen Verbotspolitik und Konsummustern existiert. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Wermelskirchen dafür ein, dass nicht länger die Konsumierenden bekämpft werden, sondern der Schwarzmarkt. Erst durch einen regulierten Zugang zu Cannabis kann die Politik klare Vorgaben geben zu Inhaltsstoffen und Qualitätsstandards. DIE LINKE WK streitet für Recht und Gesetz, statt den Schwarzmarkt der organisierten Kriminalität zu überlassen.

Der Anbau zum Eigenbedarf birgt keinen gesellschaftlichen Schaden. So kann die Polizei ihre ohnehin beschränkten Ressourcen anderweitig nutzen. Bundesländer müssen die Möglichkeit erhalten, eigenständig Modellprojekte umzusetzen, um Methoden der Cannabisregulierung zu testen. Doch das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) ist Bundesgesetz. Nur Bundestag und Bundesrat können das Verbot von Cannabis wirklich beenden.

Das Betäubungsmittelgesetz mit seinem starken Fokus auf die Verbotspraxis schadet mehr, als es nützt: Konsumierende sind an den Schwarzmarkt gebunden, kommen in Kontakt mit kriminellen Händlerstrukturen, besitzen keinerlei Verbraucherschutz, sind gefährlichen Streckmitteln ausgesetzt und suchen aufgrund der gesellschaftlichen Stigmatisierung und polizeilichen Repression Hilfe bei einer Abhängigkeit zu spät auf – wenn überhaupt. DIE LINKE. Wermelskirchen fordern daher, das BtMG auf seine Eignung zu überprüfen, die öffentliche Gesundheit zu stärken. Hierzu brauchen wir das Fachwissen aus dem Gesundheitswesen, der Suchthilfe, der Polizei, der Konsumentenverbände und der Sozialpädagogik. Es wird dringend Zeit für einen Neustart in der Drogenpolitik.

Desweiteren fordern wir, dass auf alle Cannabis-Produkte, die einen Rausch hervorrufen, eine kommunale Konsumsteuer eingeführt wird, die ausschließlich den kommunalen Haushalten zu Gute kommt und nicht im Bundeshaushalt versickert. Diese Praxis würde die Kommunen und Städte finanziell entlasten, es würde mehr Spielraum für soziale Ausgaben frei.

